

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1956

Ausgegeben am 19. Dezember 1956

66. Stück

- 235.** Verordnung: Schulleiter-Zulagenverordnung 1956.
236. Verordnung: Durchführung des § 91 Abs. 3 des Gehaltsgesetzes 1956.
237. Verordnung: 2. Vertragsbediensteten-Bezugszuschlagsverordnung 1956.
238. Verordnung: Volles Entgelt der Vertragsangestellten der Österreichischen Bundesforste.
239. Kundmachung: Durchführung des Art. II Z. 8 der 5. Teilnovelle der Besoldungsordnung für die Beamten der Österreichischen Bundesbahnen.
240. Kundmachung: Durchführung des Art. II Z. 4 der 1. Novelle der Bundesbahn-Dienst- und Lohnordnung.
241. Notenwechsel zwischen dem Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, und der spanischen Botschaft in Wien über die Abänderung der Sichtvermerksbestimmungen für Diplomaten- und Dienstpaßinhaber.

235. Verordnung des Bundesministeriums für Unterricht vom 5. Dezember 1956 zur Durchführung des § 57 des Gehaltsgesetzes 1956 (Schulleiter-Zulagenverordnung 1956).

Auf Grund der §§ 57 und 92 Abs. 3 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, wird im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt verordnet:

§ 1. Diese Verordnung gilt für die der Aufsicht des Bundesministeriums für Unterricht unterstehenden Unterrichtsanstalten und deren Leiter.

§ 2. Gemäß § 57 Abs. 1 des Gehaltsgesetzes 1956 werden zugewiesen:

		der Dienstzulagengruppe					
		I	II	III	IV	V	VI
1. Mittlere Lehranstalten	mit	mehr als 12 Klassen	9 bis 12 Klassen	8 Klassen	4 bis 7 Klassen	1 bis 3 Klassen	—
2. Berufsschulen		mehr als 10 Klassen	7 bis 10 Klassen	4 bis 6 Klassen	—	1 bis 3 Klassen	—
3. Hauptschulen		mehr als 4 Klassen	4 Klassen	3 Klassen	2 Klassen	1 Klasse	—
4. Sonderschulen		mehr als 4 Klassen	4 Klassen	3 Klassen	2 Klassen oder 1 Klasse geteilt	1 Klasse ungeteilt	—
5. Volksschulen		mehr als 4 Klassen	4 Klassen	3 Klassen	2 Klassen oder 1 Klasse geteilt	1 Klasse ungeteilt	—
6. Sonderkindergärten		mehr als 2 Abteilungen	—	2 Abteilungen	—	1 Abteilung	—
7. Kindergärten		mehr als 3 Abteilungen	3 Abteilungen	—	2 Abteilungen	—	1 Abteilung

§ 3. Die Dienstzulage der Dienstzulagengruppe I wird für die Leiter folgender Unterrichtsanstalten gemäß § 57 Abs. 4 des Gehaltsgesetzes 1956 erhöht:

		um 7·5 v. H.:	um 15 v. H.:
1. Mittlere Lehranstalten	mit mehr als	22 Klassen	30 Klassen
2. Berufsschulen		35 Klassen	50 Klassen
3. Haupt- und Sonderschulen		16 Klassen	20 Klassen
4. Volksschulen		16 Klassen	20 Klassen

§ 4. Folgende Lehranstalten werden jedenfalls der Dienstzulagengruppe I zugewiesen; ferner wird gemäß § 57 Abs. 4 des Gehaltsgesetzes 1956 die Dienstzulage ihrer Leiter um 15 v. H. erhöht:

- Bundeserziehungsanstalten mit acht aufsteigenden Jahrgängen,
- Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt für Textilindustrie in Wien V,
- Graphische Lehr- und Versuchsanstalt in Wien VII (Bundesanstalt),
- Technologisches Gewerbemuseum, Technische Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt in Wien IX,
- Höhere Bundeslehranstalt für gewerbliche Frauenberufe in Wien XVI,
- Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt für chemische Industrie und Gewerbe in Wien XVII,
- Höhere Bundeslehranstalt für hauswirtschaftliche Frauenberufe in Wien XIX,
- Bundesgewerbeschule Mödling.

§ 5. Für die Einreihung der Unterrichtsanstalten in die Dienstzulagengruppen gelten folgende weitere Bestimmungen:

1. Lehrerbildungsanstalten mit fünf aufsteigenden Jahrgängen werden, sofern sie nicht in die Dienstzulagengruppen I oder II einzureihen sind, jedenfalls der Dienstzulagengruppe III zugewiesen.

2. Sind einer mittleren Lehranstalt eine oder mehrere Volks-, Haupt-, Sonder- oder Berufsschulklassen oder Kindergarten- oder Sonderkindergartenabteilungen eingegliedert, so ist jede solche Klasse oder Abteilung als eine halbe Klasse der mittleren Lehranstalt zu zählen, wobei ein Bruchteil auf die nächstfolgende ganze Zahl zu erhöhen ist.

3. Ist eine Volksschule mit einer Hauptschule unter einer gemeinsamen Leitung verbunden, so sind die Klassen der Volksschule jenen der Hauptschule hinzuzuzählen.

4. Sind einer Volksschule eine oder mehrere Sonderschulklassen angeschlossen, so ist der tatsächlichen Zahl der Volks- und Sonderschulklassen eine Klasse hinzuzuzählen.

5. Sind einer Sonderschule organisationsmäßig besondere Kurse für Kinder mit physischen oder psychischen Mängeln (zum Beispiel Heilkurse für sprachgestörte Kinder) mit einem eigenen Lehrer angegliedert, so ist jeder derartige Kurs als eine Klasse der Sonderschule zu zählen.

6. Am Bundes-Blindenerziehungsinstitut in Wien und am Bundes-Taubstummeninstitut in Wien ist jede Klasse, Kindergartenabteilung und Erziehungsgruppe als eine Klasse zu zählen.

7. An Bundeserziehungsanstalten sowie an sonstigen Schulen, denen ein Schülerheim unter der Leitung des Direktors angegliedert ist, sind auch die Gruppen des Schülerheimes (Erziehungsgruppen) als Klassen zu zählen.

8. Ist einer Schule ein Tagesschulheim unter der Leitung des Direktors angegliedert, so ist jede Gruppe des Tagesschulheimes als eine halbe Klasse zu zählen, wobei ein Bruchteil auf die nächstfolgende ganze Zahl zu erhöhen ist.

9. An berufsbildenden mittleren Lehranstalten und an Berufsschulen sind auch die für den praktischen Unterricht in Verwendung stehenden organisationsmäßig vorgesehenen Werkstätten, Laboratorien oder gleichgearteten Einrichtungen als Klassen zu zählen.

10. An Berufsschulen, deren Unterricht in einem kürzeren Zeitraum als einem Schuljahr zusammengefaßt ist, insbesondere an lehrgangsmäßig oder saisonmäßig geführten Berufsschulen, entspricht jede Klasse eines solchen Lehrganges einer Klasse, die an den sonstigen Berufsschulen während des ganzen Schuljahres geführt wird. Das gleiche gilt für derartige Berufsschulklassen, wenn sie einer berufsbildenden mittleren Lehranstalt eingegliedert sind.

§ 6. Diese Verordnung tritt rückwirkend mit 1. Feber 1956 in Kraft.

Drimmel

236. Verordnung der Bundesregierung vom 11. Dezember 1956 über die Durchführung des § 91 Abs. 3 des Gehaltsgesetzes 1956.

Auf Grund des § 91 Abs. 3 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, wird im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß des Nationalrates verordnet:

Die im Gehaltsgesetz 1956 vorgesehenen Monatsbezüge gebühren ab 1. Jänner 1957 im vollen Ausmaß.

Raab Schärf Helmer Tschadek
Drimmel Proksch Kamitz Thoma
Bock Waldbrunner Graf Figl

237. Verordnung der Bundesregierung vom 11. Dezember 1956, womit die Zuschläge zu den Bezügen der Vertragsbediensteten des Bundes neuerlich geändert werden (2. Vertragsbediensteten-Bezugszuschlagsverordnung 1956).

Auf Grund des § 53 Abs. 4 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86, wird im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß des Nationalrates verordnet:

§ 1. (1) Den Vertragsbediensteten des Bundes gebühren an Stelle der bisherigen Zuschläge zum Monatsentgelt ab 1. Jänner 1957 Zuschläge in der Höhe des Unterschiedes zwischen den in der Anlage angeführten Beträgen und dem Monatsentgelt.

(2) Bei Anwendung des Abs. 1 sind die Personalzulagen gemäß Art. II des Bundesgesetzes vom 25. Mai 1955, BGBl. Nr. 95, sowie die Gehaltserhöhungen im Sinne des § 41 Abs. 2 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 für Berufsschullehrer, Hauptschullehrer und gleichzuwertende Lehrer als Bestandteil des Monatsentgeltes anzusehen.

(3) Nicht vollbeschäftigten Vertragsbediensteten gebührt der ihrer Arbeitszeit entsprechende Teil der Zuschläge nach Abs. 1.

§ 2. (1) Ist der unter Berücksichtigung des § 1 sich ergebende gesamte Monatsbezug niedriger als der den Vertragsbediensteten für den Monat April 1956 nach den bis 31. Jänner 1956 geltenden Vorschriften bemessene Monatsbezug, so gebührt dem Vertragsbediensteten ein nach Maßgabe des Erreichens eines höheren Monatsentgeltes (zuzüglich der Zuschläge nach § 1) einzuziehender Ergänzungszuschlag auf den für den Monat April 1956 bemessenen Monatsbezug.

(2) Als für den Monat April 1956 bemessener Monatsbezug gilt das Monatsentgelt; Gehaltserhöhungen und Zulagen im Sinne des § 41 Abs. 2 und des § 44 Abs. 2 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, Personalzulagen gemäß Art. II des Bundesgesetzes vom 25. Mai 1955, BGBl. Nr. 95, und Zuschläge nach § 1 der Bezugszuschlagsverordnung 1953, BGBl. Nr. 77, sind als Bestandteil des Monatsentgeltes anzusehen.

(3) Die Bestimmungen der Abs. 1 und 2 gelten sinngemäß für Vertragsbedienstete, die nach dem 31. Mai 1955 aus dem Dienstverhältnis ausgeschieden sind und bis spätestens 31. Dezember 1957 wieder in eine mindestens gleichwertige Entlohnungsgruppe aufgenommen wurden; in diesen Fällen tritt an die Stelle des für den Monat April 1956 bemessenen Monatsbezuges der für den Monat des Ausscheidens tatsächlich ausgezahlte Monatsbezug.

§ 3. Die Bestimmungen der §§ 1 und 2 sind auf Vertragsbedienstete mit Sonderentgelt nicht anzuwenden.

§ 4. Ist zwischen dem 31. Jänner 1956 und dem 1. Mai 1956 eine Änderung der bezugsrechtlichen Stellung eines Vertragsbediensteten eingetreten, so ist für die Zeit nach der Änderung der Bemessung eines allfälligen Ergänzungszuschlages nach § 2 der Vertragsbediensteten-Bezugszuschlagsverordnung 1956, BGBl. Nr. 64, der nach den bis 31. Jänner 1956 geltenden Vorschriften bemessene Monatsbezug zugrunde zu legen, der vom Zeitpunkt der Änderung an gebührt hätte.

Raab Schärf Helmer Tschadek
Drimmel Proksch Kamitz Thoma
Bock Waldbrunner Graf Figl

Entlohnungsschema I

Anlage.

Entlohnungsgruppe a

Entlohnungsstufe	Schilling
7	1966·50
8	2090·70
9	2339·10
10	2960·10
11	3105·—
12	3249·90
13	3394·80
14	3539·70
15	3684·60
16	3850·20
17	4015·80
18	4181·40
19	4347·—
20	4512·60
21	4678·20
22	4864·50
23, 1. u. 2. Jahr	5050·80
23, 3. u. 4. Jahr	5237·10
23, 5. u. 6. Jahr	5423·40
23, 7. u. 8. Jahr	5609·70

Entlohnungsgruppe b

Entlohnungsstufe	Schilling
4	1439·—
5	1537·30
6	1733·90
7	1832·20
8	2323·70
9	2422·—
10	2520·30
11	2618·60
12	2716·90
13	2815·20
14	2960·10
15	3105·—
16	3249·90
17	3394·80
18	3539·70
19	3684·60
20	3850·20
21, 1. u. 2. Jahr	4015·80
21, 3. u. 4. Jahr	4181·40
21, 5. u. 6. Jahr	4347·—

Entlohnungsgruppe c

Entlohnungsstufe	Schilling
3	1367·10
4	1439·50
5	1511·90
6	1873·90
7	1946·30
8	2018·70
9	2091·10
10	2163·50
11	2235·90
12	2308·30
13	2380·70
14	2453·10
15	2525·50
16	2597·90
17	2670·30
18	2815·20
19	2960·10
20	3105·—

Entlohnungsgruppe d

Entlohnungsstufe	Schilling
1	1097·10
2	1159·20
3	1283·40
4	1345·50
5	1407·60
6	1718·10
7	1780·20
8	1842·30
9	1904·40
10	1966·50
11	2028·60
12	2090·70
13	2152·80
14	2214·90
15	2277·—
16	2339·10
17	2401·20
18	2463·30
19, 1. u. 2. Jahr	2525·40
19, 3. u. 4. Jahr	2587·50

Entlohnungsgruppe e

Entlohnungsstufe	Schilling
1	1055·70
2	1097·10
3	1179·90
4	1221·30
5	1262·70
6	1469·70
7	1511·10
8	1552·50
9	1593·90
10	1635·30
11	1676·70
12	1718·10
13	1759·50
14	1800·90
15	1842·30
16	1883·70
17	1925·10
18, 1. u. 2. Jahr	1966·50
18, 3. u. 4. Jahr	2007·90
18, 5. u. 6. Jahr	2049·30

Entlohnungsschema III

Entlohnungsgruppe 1

Entlohnungsstufe	Schilling
1	1244·90
2	1308·20
3	1371·50
4	1434·80
5	1498·10
6	1814·60
7	1877·90
8	1941·20
9	2004·50
10	2067·80
11, 1. u. 2. Jahr	2131·10
11, 3. u. 4. Jahr	2194·40
11, 5. u. 6. Jahr	2257·70
11, 7. u. 8. Jahr	2321—
11, 9. u. 10. Jahr	2384·30
11, 11. u. 12. Jahr	2447·60
11, 13. u. 14. Jahr	2510·90
11, 15. u. 16. Jahr	2574·20
11, 17. u. 18. Jahr	2637·50
11, 19. u. 20. Jahr	2700·80

Entlohnungsgruppe 2

Entlohnungsstufe	Schilling
1	1181·60
2	1244·90
3	1308·20
4	1371·50
5	1434·80
6	1751·30
7	1814·60
8	1877·90
9	1941·20
10, 1. u. 2. Jahr	2004·50
10, 3. u. 4. Jahr	2067·80
10, 5. u. 6. Jahr	2131·10
10, 7. u. 8. Jahr	2194·40
10, 9. u. 10. Jahr	2257·70
10, 11. u. 12. Jahr	2321—
10, 13. u. 14. Jahr	2384·30
10, 15. u. 16. Jahr	2447·60
10, 17. u. 18. Jahr	2510·90
10, 19. u. 20. Jahr	2574·20
10, 21. u. 22. Jahr	2637·50

Entlohnungsgruppe 3

Entlohnungsstufe	Schilling
1	1118·30
2	1181·60
3	1244·90
4	1308·20
5	1371·50
6	1688—
7	1751·30
8	1814·60
9, 1. u. 2. Jahr	1877·90
9, 3. u. 4. Jahr	1941·20
9, 5. u. 6. Jahr	2004·50
9, 7. u. 8. Jahr	2067·80
9, 9. u. 10. Jahr	2131·10
9, 11. u. 12. Jahr	2194·40
9, 13. u. 14. Jahr	2257·70
9, 15. u. 16. Jahr	2321—
9, 17. u. 18. Jahr	2384·30
9, 19. u. 20. Jahr	2447·60
9, 21. u. 22. Jahr	2510·90
9, 23. u. 24. Jahr	2574·20

Entlohnungsgruppe 4

Entlohnungsstufe	Schilling
1	1118·30
2	1160·50
3	1244·90
4	1287·10
5	1329·30
6	1540·30
7	1582·50
8, 1. u. 2. Jahr	1624·70
8, 3. u. 4. Jahr	1666·90
8, 5. u. 6. Jahr	1709·10
8, 7. u. 8. Jahr	1751·30
8, 9. u. 10. Jahr	1793·50
8, 11. u. 12. Jahr	1835·70
8, 13. u. 14. Jahr	1877·90
8, 15. u. 16. Jahr	1920·10
8, 17. u. 18. Jahr	1962·30
8, 19. u. 20. Jahr	2004·50
8, 21. u. 22. Jahr	2046·70
8, 23. u. 24. Jahr	2088·90
8, 25. u. 26. Jahr	2131·10

Entlohnungsgruppe 5

Entlohnungsstufe	Schilling
1	1076·10
2	1118·30
3	1202·70
4	1244·90
5	1287·10
6	1498·10
7, 1. u. 2. Jahr	1540·30
7, 3. u. 4. Jahr	1582·50
7, 5. u. 6. Jahr	1624·70
7, 7. u. 8. Jahr	1666·90
7, 9. u. 10. Jahr	1709·10
7, 11. u. 12. Jahr	1751·30
7, 13. u. 14. Jahr	1793·50
7, 15. u. 16. Jahr	1835·70
7, 17. u. 18. Jahr	1877·90
7, 19. u. 20. Jahr	1920·10
7, 21. u. 22. Jahr	1962·30
7, 23. u. 24. Jahr	2004·50
7, 25. u. 26. Jahr	2046·70
7, 27. u. 28. Jahr	2088·90

Entlohnungsgruppe 6

Entlohnungsstufe	Schilling
1	1033·90
2	1076·10
3	1160·50
4	1202·70
5	1244·90
6	1455·90
7, 1. u. 2. Jahr	1498·10
7, 3. u. 4. Jahr	1540·30
7, 5. u. 6. Jahr	1582·50
7, 7. u. 8. Jahr	1624·70
7, 9. u. 10. Jahr	1666·90
7, 11. u. 12. Jahr	1709·10
7, 13. u. 14. Jahr	1751·30
7, 15. u. 16. Jahr	1793·50
7, 17. u. 18. Jahr	1835·70
7, 19. u. 20. Jahr	1877·90
7, 21. u. 22. Jahr	1920·10
7, 23. u. 24. Jahr	1962·30
7, 25. u. 26. Jahr	2004·50
7, 27. u. 28. Jahr	2046·70

Entlohnungsgruppe 7

Entlohnungsstufe	Schilling
1	1003·—
2	1034·60
3	1097·80
4	1129·40
5	1161·—
6, 1. u. 2. Jahr	1319·—
6, 3. u. 4. Jahr	1350·60
6, 5. u. 6. Jahr	1382·20
6, 7. u. 8. Jahr	1413·80
6, 9. u. 10. Jahr	1445·40
6, 11. u. 12. Jahr	1477·—
6, 13. u. 14. Jahr	1508·60
6, 15. u. 16. Jahr	1540·20
6, 17. u. 18. Jahr	1571·80
6, 19. u. 20. Jahr	1603·40
6, 21. u. 22. Jahr	1635·—
6, 23. u. 24. Jahr	1666·60
6, 25. u. 26. Jahr	1698·20
6, 27. u. 28. Jahr	1729·80
6, 29. u. 30. Jahr	1761·40

Entlohnungsschema I L

Entlohnungsgruppe 1 2 mit Gehaltserhöhung im Sinne des § 41 Abs. 2 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 von 32, 64 und 95 Schilling (§ 40 Abs. 5 zweiter Satz erster Satzteil des Gehaltsüberleitungsgesetzes in der bis 31. Jänner 1956 geltenden Fassung).

Entlohnungsgruppe 1 1

Entlohnungsstufe	Schilling	Entlohnungsstufe	Schilling
5	1966·50	2	1578·40
6	2095·90	3	1707·80
7	2354·70	4	1966·60
8	3001·70	5	2096·—
9	3234·60	6	2743·—
10	3467·50	7	2924·10
11	3700·40	8	3105·20
12	3933·30	9	3286·30
13	4166·20	10	3467·40
14	4450·80	11	3648·50
15	4735·40	12	3829·60
16	5020·—	13	4010·70
17	5304·60	14	4243·60
18	5641·—	15	4476·50
19	5977·40	16	4709·40
20, 1. u. 2. Jahr	6313·80	17, 1. u. 2. Jahr	4942·30
20, 3. u. 4. Jahr	6650·20	17, 3. u. 4. Jahr	5175·20
20, 5. u. 6. Jahr	6986·60	17, 5. u. 6. Jahr	5408·10
20, 7. u. 8. Jahr	7323·—	17, 7. u. 8. Jahr	5641·—

Entlohnungsgruppe 1 2 mit Gehaltserhöhung im Sinne des § 41 Abs. 2 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 von 32, 48 und 64 Schilling (§ 40 Abs. 5 erster Satz des Gehaltsüberleitungsgesetzes in der am 31. Jänner 1956 geltenden Fassung).

Entlohnungsgruppe 1 2 ohne Gehaltserhöhung.

Entlohnungsstufe	Schilling	Entlohnungsstufe	Schilling
2	1474·90	2	1474·90
3	1604·30	3	1578·40
4	1863·10	4	1785·40
5	1992·50	5	1888·90
6	2639·50	6	2406·40
7	2820·60	7	2535·80
8	3001·70	8	2665·20
9	3182·80	9	2794·60
10	3363·90	10	2924·—
11	3545·—	11	3053·40
12	3726·10	12	3182·80
13	3907·20	13	3312·20
14	4140·10	14	3519·20
15	4373·—	15	3726·20
16	4605·90	16	3933·20
17, 1. u. 2. Jahr	4838·80	17, 1. u. 2. Jahr	4140·20
17, 3. u. 4. Jahr	5071·70	17, 3. u. 4. Jahr	4347·20
17, 5. u. 6. Jahr	5304·60	17, 5. u. 6. Jahr	4554·20
17, 7. u. 8. Jahr	5537·50	17, 7. u. 8. Jahr	4761·20

Entlohnungsgruppe 13

Entlohnungsstufe	Schilling
1	1231'60
2	1293'70
3	1355'80
4	1417'90
5	1480'—
6	1790'50
7	1873'30
8.	1956'10
9	2038'90
10	2121'70
11	2204'50
12	2287'30
13	2390'80
14	2494'30
15	2597'80
16, 1. u. 2. Jahr	2701'30
16, 3. u. 4. Jahr	2804'80
16, 5. u. 6. Jahr	2908'30
16, 7. u. 8. Jahr	3011'80

Kindergärtnerinnen, denen nach § 5 Z. 1 des Landesvertragslehrergesetzes 1949 bis zur Erreichung des 20. Lebensjahres nur ein Monatsentgelt von S 200'— zustand, erhalten Bezugszuschläge in der Höhe des Unterschiedsbetrages auf das Monatsentgelt der Entlohnungsstufe 1 der Entlohnungsgruppe 13.

Gehaltserhöhungen und Zulagen gemäß § 41 Abs. 2 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, die nicht im § 1 Abs. 2 dieser Verordnung angeführt sind.

Zu diesen Gehaltserhöhungen und Zulagen gebühren Bezugszuschläge im Ausmaß des Unterschiedsbetrages zwischen den um 3'5 v. H. erhöhten Dienstzulagen, auf die ein entsprechender öffentlich-rechtlicher Bediensteter im Lehramt nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 57 bis 60 des Gehaltsgesetzes 1956 Anspruch hat und den nach dem Vertragsbedienstetengesetz 1948 gebührenden Gehaltserhöhungen und Zulagen.

Ist der sich bei der Berechnung ergebende Betrag nicht durch zehn Groschen teilbar, so sind Restbeträge bis einschließlich fünf Groschen zu vernachlässigen und Restbeträge von mehr als fünf Groschen als volle zehn Groschen auszuzahlen.

Entlohnungsschema III L

Entlohnungsgruppe 11

	Bei einer durch die Fachgruppe für Vollbeschäftigung (§ 38) vorgeschriebenen Lehrverpflichtung von		
	19	21	25
	Wochenstunden		
	Schilling für jede Jahreswochenstunde		
Bis zu dem auf die Vollendung des 30. Lebensjahres und einer einjährigen Bewährung im Schuldienst nächstfolgenden Monatsletzten	1488.—	1320.—	1130.—
Ab dem auf die Vollendung des 30. Lebensjahres und einer einjährigen Bewährung im Schuldienst nächstfolgenden Monatsersten	1900.—	1710.—	1440.—

Entlohnungsgruppen 12 und 13

	Entlohnungsgruppe			
	12			13
	1)	2)	3)	
	Schilling für jede Jahreswochenstunde			
Bis zu dem auf die Vollendung des 30. Lebensjahres und einer einjährigen Bewährung im Schuldienst nächstfolgenden Monatsletzten	970.—	920.—	870.—	720.—
Ab dem auf die Vollendung des 30. Lebensjahres und einer einjährigen Bewährung im Schuldienst nächstfolgenden Monatsersten	1270.—	1210.—	1110.—	860.—

1) Lehrer mit Erhöhung der Jahresentlohnung gemäß § 44 Abs. 2 lit. a, aa.

2) Lehrer mit Erhöhung der Jahresentlohnung gemäß § 44 Abs. 2 lit. a, bb.

3) Lehrer ohne Erhöhung der Jahresentlohnung.

Die Erhöhung der Jahresentlohnung gem. § 44 Abs. 2 lit. b des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 beträgt S 62.—.

238. Verordnung der Bundesregierung vom 11. Dezember 1956 über das volle Entgelt der Vertragsangestellten der Österreichischen Bundesforste.

Auf Grund des § 5 des Gesetzes vom 28. Juli 1925, BGBl. Nr. 282, über die Bildung eines Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesforste“ wird im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß des Nationalrates verordnet:

Das im Art. II der Verordnung der Bundesregierung vom 8. Mai 1956, BGBl. Nr. 102, vorgesehene Entgelt gebührt ab 1. Jänner 1957 im vollen Ausmaß.

Raab Schürf Helmer Tschadek
Drimmel Proksch Kamitz Thoma
Bock Waldbrunner Graf Figl

239. Kundmachung des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft vom 14. Dezember 1956 über die Durchführung des Art. II Z. 8 der 5. Teilnovelle der Besoldungsordnung für die Beamten der Österreichischen Bundesbahnen, BGBl. Nr. 59/1956.

Mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates vom 14. Dezember 1956 (Gesetz vom 13. April 1920, StGBI. Nr. 180) wird zur Durchführung des Art. II Z. 8 der 5. Teilnovelle der Besoldungsordnung für die

Beamten der Österreichischen Bundesbahnen, BGBl. Nr. 59/1956, kundgemacht:

Die auf Grund des Art. II Z. 7 lit. b und c der 5. Teilnovelle der Besoldungsordnung für die Beamten der Österreichischen Bundesbahnen gekürzten Bezüge gebühren ab 1. Jänner 1957 im vollen Ausmaß.

Waldbrunner

240. Kundmachung des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft vom 14. Dezember 1956 über die Durchführung des Art. II Z. 4 der 1. Novelle der Bundesbahn-Dienst- und Lohnordnung, BGBl. Nr. 66/1956.

Mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates vom 14. Dezember 1956 (Gesetz vom 13. April 1920, StGBI. Nr. 180) wird zur Durchführung des Art. II Z. 4 der 1. Novelle der Bundesbahn-Dienst- und Lohnordnung, BGBl. Nr. 66/1956, kundgemacht:

Die in der Dienst- und Lohnordnung für die für den vorübergehenden Bedarf aufgenommenen Bediensteten der Österreichischen Bundesbahnen, BGBl. Nr. 96/1954, in der Fassung der Kundmachung des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe vom 14. März 1956, BGBl. Nr. 66/1956, vorgesehenen Lohnansätze gebühren ab 1. Jänner 1957 im vollen Ausmaß.

Waldbrunner

241.

Notenwechsel zwischen dem Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, und der spanischen Botschaft in Wien über die Abänderung der Sichtvermerksbestimmungen für Diplomaten- und Dienstpäßinhaber

Bundeskanzleramt
Auswärtige Angelegenheiten
Zl. 624.814-RA/RR/56

Wien, am 9. November 1956

Herr Botschafter!

Ich beehre mich, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß die österreichische Bundesregierung bereit ist, mit der spanischen Regierung folgendes Abkommen zur Abänderung der Sichtvermerksbestimmungen für Diplomaten- und Dienstpäßinhaber abzuschließen:

1. Die Diplomatenpäßinhaber der vertragsschließenden Parteien bedürfen zur Einreise und zum Aufenthalt bis zur Dauer der Gültigkeit ihrer Pässe in Spanien beziehungsweise Österreich keines Sichtvermerkes.

2. Die österreichischen Dienstpäßinhaber beziehungsweise die Inhaber von spanischen Offi-

zialpässen (pasaportes oficiales) erhalten gebührenfreie Sichtvermerke.

3. Das gegenständliche Abkommen wird am 1. des Monates, der dem Notenaustausch folgen wird, in Kraft treten.

Wenn die spanische Regierung sich mit Vorstehendem einverstanden erklärt, werden diese Note und die Antwort, die Eure Exzellenz mir wird zukommen lassen, ein Abkommen zwischen beiden Regierungen darstellen.

Empfangen Sie, Herr Botschafter, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Raab

Seiner Exzellenz
José S. de Erice
Außerordentlicher und bevollmächtigter
Botschafter des Spanischen Staates
Wien

Embajada de España
Nr. 91/56

Wien, am 16. November 1956

Herr Bundeskanzler!

Ich beehre mich, den Empfang der Note vom 9. d. M., Zl. 624.814-RA/RR/56, zu bestätigen, mit der Eure Exzellenz mir mitgeteilt haben, daß die österreichische Regierung bereit ist, mit der spanischen Regierung ein Abkommen nachstehenden Inhaltes abzuschließen:

1. Die Diplomatenpaßinhaber der vertragsschließenden Parteien bedürfen zur Einreise und zum Aufenthalt bis zur Dauer der Gültigkeit ihrer Pässe in Spanien beziehungsweise Österreich keines Sichtvermerkes.

2. Die österreichischen Dienstpaßinhaber beziehungsweise die Inhaber von spanischen

Offizialpässen (pasaportes oficiales) erhalten gebührenfreie Sichtvermerke.

3. Das gegenständliche Abkommen wird am 1. des Monates, der dem Notenaustausch folgen wird, das ist der 1. Dezember, in Kraft treten.

Ich beehre mich, Eurer Exzellenz nunmehr mitzuteilen, daß die spanische Regierung dem Vorstehenden zustimmt.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung.

Der Botschafter von Spanien:

José de Erice m. p.

Seiner Exzellenz

Herrn Bundeskanzler

Dipl.-Ing. Dr. h. c. Julius Raab

Wien

Das in diesem Notenwechsel enthaltene Abkommen ist am 1. Dezember 1956 in Kraft getreten.

Raab

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bezugspreis des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich, Jahrgang 1956, beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 1500 Seiten S 75— für Inlands- und S 115— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten.

Bezugsanmeldungen werden von der Versandstelle der Österreichischen Staatsdruckerei in Wien III, Rennweg Nr. 16, entgegengenommen.

Den bisherigen Beziehern des Bundesgesetzblattes gehen Erlagscheine zu. Neue Bezieher wollen den Bezugspreis auf das Postsparkassenkonto Wien Nr. 178 überweisen. Erlagscheine werden ihnen über Verlangen zugesendet.

Die Zustellung des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, rechtzeitig den Bezug anzumelden und den Bezugspreis zu überweisen. Dieser kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verschleißpreises von 24 g für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 1— für das Stück, bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung in Wien I, Kohlmarkt Nr. 16, Telephon R 50 504 Serie, sowie in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Wien I, Wollzeile 27 a, Telephon R 27 2 31.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind längstens binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Österreichischen Staatsdruckerei in Wien III, Rennweg Nr. 16, anzufordern.

Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verschleißpreises abgegeben.